

Proteste und Gentrifizierung in Leipzig-Connewitz

Leonie Schmidt, [REVOLUTION](#) und ArbeiterInnenmacht

Seit einigen Jahren boomt Leipzig, viele Menschen ziehen in die sächsische Stadt. Das schlägt sich natürlich auch auf dem Wohnungsmarkt nieder. Allerdings nicht nur in den sowieso schon teuren Gegenden, sondern mittlerweile auch in alternativen Stadtvierteln wie Plagwitz oder auch im Szeneviertel Connewitz, welches schon seit den 1990ern für seine linken Freiräume bekannt ist. Während die Häuser hier vorerst unangetastet blieben, kam es in den letzten Jahren zu Mieterhöhungen, Renovierungen und Neubauten. Wirklich günstig kann man mittlerweile hier auch nur noch leben, wenn man einen 15 Jahre alten Mietvertrag hat.

Aktuell gibt es gleich mehrere Projekte für Luxusbauten, wie beispielsweise drei in der Wolfgang-Heinze-Straße, welche die Mietpreise in die Höhe treiben und Menschen aus dem Kiez verdrängen. Andere sind ebenfalls schon fertig gestellt wie die Studierendenapartments am Connewitzer Kreuz, in welcher ein 19

m² kleines

Apartment mal eben 525 Euro kosten kann oder die Neubauten neben dem „Werk 2“,

für die die alten Hausbestände abgerissen und die alten Anwohner_Innen

verdrängt wurden. Auch eine Nebenkostenabrechnung wird mal schnell um 100 Euro

in die Höhe getrieben, um Mieter_Innen noch mehr auszusaugen. Anwohner_Innen

wie geringfügig Verdienende, Arbeiter_Innen, Sozialleistungen Beziehende,

Azubis und Studierende, welche nicht von den Eltern finanziert werden, können

sich solche Wohnungen bereits jetzt kaum leisten. Zwischen 2012 und 2016

stiegen die Mietpreise um 21 %, 2017 gar um 10 %, 2018 pendelten sie

sich wieder auf „moderate“ 5,5 % ein. Zukünftig werden sie sich wohl immer

weniger ihre Wohnungen leisten können, zumal viele mit stagnierenden Löhnen und

Unterstützungen zurechtkommen müssen, die schon jetzt nicht zum Leben reichen.

Zusätzlicher Stress ist gegeben durch den Zwang umzuziehen und etwaige

polizeiliche, alles andere als friedliche Räumungen.

In Connewitz regt

sich hiergegen Protest und so gibt es einige Ansätze die sich gegen die

Verdrängung richten. Zum einen gibt es die Vernetzung Süd, welche es sich zum

Ziel gemacht hat, Mieter_Innen an einen Tisch zu bringen und durch Kundgebung

und Demos eine Veränderung zu bewirken. Sie fordert durchaus Schritte zur

Vergesellschaftung, die sie taktisch durch den Mieter_Innenverein bewirken will, welcher sich politisch mehr engagieren soll.

Auf der anderen Seite gibt es autonome Proteste, welche in den letzten Monaten Schlagzeilen machten und auch im Fernsehen landeten, da erstmalig im Leipziger Kontext nicht nur Bagger brannten, sondern auch eine führende Mitarbeiterin einer für einen Neubau verantwortlichen Immobilienfirma zusammengeschlagen wurde.

Das ging für die Behörden zu weit. Die SOKO Linx gegen Linksextremismus wurde gegründet und ein 100.000 Euro hohes Kopfgeld auf die Täter_Innen ausgesetzt. Der Staat ruft also eine Hexenjagd aus. Indem er die öffentliche Entsolidarisierung bezahlt, werden zeitgleich vermehrte Polizeikontrollen und Streifen im Leipziger Stadtteil gerechtfertigt. Das eigentliche Probleme, die Verdrängung tausender MieterInnen, die vor allem die ärmeren Schichten der ArbeiterInnenklasse trifft, darunter viele Renter_Innen, Alleinerziehende, Frauen, MigrantI_nnen rückt zugleich in den Hintergrund. Die Immobilienwirtschaft, Bauunternehmen und die Wohnungsspekulant_Innen inszenieren sich als Opfer und nutzen die Chance, nicht nur von ihren Profitinteressen abzulenken, sondern auch, um alle

Mietproteste mal unter eine Art „Generalverdacht“ zu stellen, alles kaputt machen zu wollen.

Diese

Kriminalisierungsversuche aller, die sich gegen die Verdrängung wehren, lehnen wir ab. Wir fordern die Auflösung der SOKO Linx, der Bespitzelung der Szene und der Polizeikontrollen. Nicht brennende Bagger und aus Wut und Empörung erwachsende individuelle, politisch falsche Aktionen, sondern die Profithaie in der Bau- und Immobilienwirtschaft stellen das eigentliche Problem dar. Durch die Ausschreibung eines Kopfgeldes zeigen die Polizeibehörden freilich einmal mehr, dass ihnen die „Anschläge“ nur als Vorwand für verschärfte Repression, Bespitzelung und Hetze dienen, dass sie als Erfüllungsgehilfen auf Seiten des Kapitals stehen.

Auch wenn wir den

Willen, etwas gegen die Verdrängung zu tun, berechtigt finden, so schaden

individuelle „autonome“ Brandlegungen oder physische Angriffe auf

Vertreter_Innen des Kapitals dem Widerstand gegen die neue Immobilienwirtschaft

jedoch mehr, als dass sie ihm helfen. Sie bieten keine Perspektive und erweisen

sich als politisch kontraproduktiv. Sie stoppen die Vorhaben nicht. Allenfalls

verzögern sie einzelne Baumaßnahmen. So erklärte ein

Verantwortlicher einer
Immobilienfirma im MDR-Fernsehen, dass der Bau höchstens um
ein paar Wochen
verzögert wäre, wenn Bagger auf einer Baustelle brennen
würden. Und ob Angriffe
auf Mitarbeiter_Innen überhaupt irgendeinen Effekt auf die
Bauzeit haben, sei
dahingestellt.

Aktionen wie der
physische Angriff auf eine Mitarbeiterin einer Immobilienfirma
dienen eher den
Zwecken jener, die sich eine goldene Nase am Elend der
Mieter_Innen verdienen.
Sie tragen letztlich einen reaktionären Charakter. Für einen
Großteil der
Mieter_Innen führen solche Aktionen zur Abwendung von einer
radikalen
Perspektive für die Wohnungsfrage. Selbst jene, die es für
sinnvoll halten,
werden höchstens auf die nächsten geheimen Aktionen dieser
anonymen autonomen
Jedi-Ritter_Innen hoffen, als dass sie aktiv werden. Die
individuelle
Kleingruppenaktivität lässt also selbst Sympathisierende als
passive Zuschauer_Innen
zurück, verkommt im Grunde zu einer Form von
Stellvertreter_Innenpolitik.

Den Zwecken des
Wohnungsbaukapitals kommt das durchaus gelegen. Die Masse der
MieterInnen wird
verunsichert und von der notwendigen Organisation eher
abgeschreckt denn
ermutigt. Dabei könnte nur eine Bewegung die Verdrängung

stoppen, die sich auf breite Bündnisse, Mieter_Innenversammlungen und -komitees stützt und um konkrete politische Forderungen formiert – nicht nur in Connewitz, sondern in ganz Leipzig, ja bundesweit.

Der Wohnungsmarkt selbst bildet schließlich einen Teil des kapitalistischen Gesamtsystems. Diesem droht die Krise, doch das Grundbedürfnis zu wohnen hat noch Potential für höhere Renditen. Gleichzeitig subventioniert der Staat Investitionen in Betongold massiv, ob über Baubezuschussung oder indirekt durch Wohngeld. Der Kampf der Mieter_Innen muss daher als Klassenkampf geführt werden. Die Bedürfnisse, zu wohnen und hieraus Gewinn zu schlagen, stehen einander entgegen. Und so werden es wohl kaum die sich abgrenzenden individuellen autonomen Gruppen sein, denn um die Gewinne am Wohnungsmarkt zu vereiteln und ausreichend leistbaren und hochwertigen Wohnraum schaffen zu können, braucht es definitiv mehr und mächtigere Aktivist_Innen.

Somit brauchen wir eine antikapitalistische bundesweite Mieter_Innenbewegung. Hierfür brauchen wir eine Strategiekonferenz, in der wir offen um eine Perspektive der Mieter_Innenbewegung streiten und gemeinsam in Aktion treten. Eine erfolgreiche

Bewegung braucht den Schulterschluss mit der Arbeiter_Innenbewegung. Wir müssen jede Mieterhöhung als Angriff auf unsere Löhne verstehen. Die Aufgabe von kämpfenden Arbeiter_Innen ist es hier, die Gewerkschaften und die Beschäftigten in der Branche (z. B. Bauarbeiter_Innen, Reinigungskräfte, Instandhaltung, Hausmeister_Innen, ...) ins Boot zu holen.

Wir müssen die Wohnungsfrage mit der Eigentumsfrage verbinden. Forderungen wie die entschädigungslose Enteignung der Immobilienkonzerne unter Kontrolle der Mieter_Innen und Beschäftigten sind hier ein Ansatzpunkt. Ein gutes Beispiel dafür ist die Berliner Initiative Deutsche Wohnen & Co. enteignen, welche durch ihre Aktionen das Konzept der Enteignung wieder in aller Munde gebracht hat. So muss nun beispielsweise auch die SPD einen mehr oder minder löchrigen Mietendeckel umsetzen. Aber die Organisierung gegen hohe Mieten und Luxus-Neubauten darf sich nicht nur grundsätzlich auf die Wohnungsfrage beziehen, sie muss erweitert werden auf alle Fragen, die das Leben in einer Stadt, also beispielsweise Kulturräume und öffentliche Verkehrsmittel, und generell den Kampf gegen den Kapitalismus, also Enteignung der Betriebe und demokratische Arbeiter_Innenkontrolle, betreffen. Daher fordern wir, die entschädigungslose Enteignung aller „Miethaie“ und die Kontrolle des Wohnraums

unter Arbeiter_Innenkontrolle zu stellen, sowie einen massiven Ausbau von Sozialwohnungen und Infrastruktur in der Stadt, kostenlose öffentliche Nahverkehrsmittel und Kulturangebote für alle.

Pakistan: Solidarität mit den OrganisatorInnen des Marsches der Studierenden!

Liga für die Fünfte Internationale, Infomail 1079, 5. Dezember 2019

Die Beteiligung am Solidaritätsmarsch der Studierenden am Freitag, den 29. November, war sehr beeindruckend mit Demonstrationen in 55 Städten. Zu den wichtigsten Forderungen gehörten die Beendigung der Schikanen gegen StudentInnen, die Entfernung von Militärpersonal vom Campus und das Recht, Studierendenverbände und -gewerkschaften zu organisieren.

Bezeichnenderweise wurden auch Losungen erhoben, die sozialistische Lösungen fordern.

Pakistan

befindet sich derzeit in einer schweren Wirtschaftskrise. Die Vereinbarung mit dem Internationalen Währungsfonds hat zu Inflation und Arbeitslosigkeit sowie zu einem Anstieg von Hunger und Armut geführt. Mit zunehmender Verschlechterung der Bedingungen nimmt die Zahl der Revolten zu und die Bewegungen nehmen Fahrt auf. Bildungseinrichtungen sind von Vetternwirtschaft und Korruption, schlechter Bildung und selbst dem Mangel an grundlegenden Einrichtungen wie sauberem Trinkwasser und Toiletten geprägt. Die Schwere der Probleme verschärft sich, wenn man den Geschlechteraspekt betrachtet. Die Mehrheit der Mädchen aus ArbeiterInnenfamilien findet sich nicht nur der höheren, sondern oft sogar der elementaren Bildung beraubt.

Darüber hinaus

streiten die herrschenden Klassen nicht nur untereinander, sondern versuchen auch, sich mit der größeren Wirtschaftskrise herumzuschlagen, die durch die Rettungsaktion des IWF verschärft wurde. Kurz gesagt, es existiert eine große Regierungskrise, und in dieser Situation reift das Potenzial für einen Massenaufstand. Der Solidaritätsmarsch der Studierenden, die Streiks der Großen Gesundheitsallianz und der EnergiearbeiterInnen von WAPDA (Wasser- und Strombehörde), unter anderen, sowie die Mobilisierungen der PaschtunInnenschutzbewegung, PTM, sind Ausdruck dieses

Potenzials.

Repression

In dem Maße wie die Regierung schwächer wird, nehmen ihre Aktionen einen zunehmend defensiven und barbarischen Charakter an. Zuerst vertrieben GesetzeshüterInnen Alamgir Wazir, einen ehemaligen Studenten der Punjab University, der auch als Vorsitzender des PaschtunInnenrates fungierte, aus den Räumlichkeiten der Universität. Er ist auch der Neffe des Nationalratsmitglieds und PTM-Chefs Ali Wazir. Er war auf den Campus gekommen, um seinen Bachelor-Abschluss in Geschlechterforschung von der Universität zu holen, und übernachtete in der Campus-Herberge im Zimmer seines Cousins. Er richtete sich auch an den Solidaritätsmarsch der Studierenden am 29. November und kritisierte den Staat dafür, Urdu als gemeinsame Sprache im ganzen Land durchzusetzen und militärische Operationen durchzuführen, die zur Ermordung von PaschtunInnen führten. Nachdem Alamgir Wazir abgeholt worden war, organisierte der PaschtunInnenrat einen Protest vor dem Haus des Vizekanzlers der Punjab University. Die Polizei stellte ihn am 2. Dezember vor ein Gericht, und er wurde für 14 Tage in Untersuchungshaft genommen.

In Lahore hat die Polizei auch ein Verfahren gegen die OrganisatorInnen des studentischen Solidaritätsmarschs eingeleitet, darunter Alamgir Wazir, Ammar Ali Jan, Tariq Farooq, Iqbal LaLa (der Vater von Mashal Khan, einem Schüler der Abdul Wali Khan Universität in Mardan, der wegen Blasphemievorwürfen gelyncht wurde), sowie „250-300 nicht identifizierte TeilnehmerInnen“. Die Polizei hat den Fall im Namen des Staates aufgenommen, weil die StudentInnen provokante Reden und Slogans gegen den Staat und seine Institutionen gehalten hätten. Die Polizei sagte, dass sie auch die anderen an dem Fall beteiligten Personen festnehmen werde.

Darüber hinaus gibt es Berichte, dass die Punjab Universität die Zulassung einer Studentin aus Wasiristan, die eine Cousine eines Studentenaktivisten ist, aufgehoben hat. Die Aufhebung ihrer Zulassung und die willkürliche Verhaftung von Alamgir Wazir zeigen den rassistischen Charakter eines Staates, in dem PaschtunInnen zu den häufigsten Zielen rassistisch motivierter Kontrollen gehören. Der Staat macht jedoch nicht bei der Erstellung von rassistischen Profilen Halt, sondern richtet sich gegen jede/n, der/die den Status quo in Frage stellt, unabhängig von Rasse/Ethnizität.

Tage vor dem Marsch der Studierenden beendete die Punjab University das Aufbaustudium eines der OrganisatorInnen, Hasnain Jameel, der Master-of-Philosophy-Student der Politikwissenschaft ist (MPhil: Abschluss eines Forschungsstudiums auch außerhalb der Philosophischen Fakultät). Er wurde darüber informiert, dass sein Abschluss aberkannt wurde und ihm der Zugang zur Universität untersagt ist. Ebenso verbot die Regierung vor dem Marsch alle politischen Aktivitäten der StudentInnen in der belutschischen Provinz und verlieh den Sicherheitsbehörden umfassende Befugnisse, um die Teilnahme der StudentInnen an jeder Art von öffentlicher Versammlung zu verhindern.

Trotz all dieser Hürden stellte der studentische Solidaritätsmarsch immer noch einen Erfolg dar. Die Reaktion des Staates auf die Forderung der StudentInnen nach nichts anderem als ihrem demokratischen Recht auf gewerkschaftlicher Organisation und auf ein Ende von Belästigung und Militarisierung bestätigt diesen Erfolg. Die Organisation im Vorfeld des Marsches zeigte auch, wie viel Energie in der pakistanischen Jugend gegen die Frustrationen eines zerfallenden kapitalistischen Systems steckt. Die Beteiligung und der Umfang der Proteste waren weitaus größer als im Marsch des Vorjahres. Mit Ausnahme des

Sektierertums einiger weniger, wie der International Marxist Tendency, unterstützten fast alle großen linken Gruppen den Marsch und nahmen daran teil.

Perspektive

Ein Kontingent von proletarischen und der unteren Mittelschicht angehörenden Menschen mit Flaggen der Pakistanischen Volkspartei (PPP) nahm ebenfalls am Marsch teil. Es ist wichtig zu überlegen, wie wir mit solchen Entwicklungen umgehen sollten, denn trotz ihrer Unterstützung für eine bürgerliche Partei haben sich diese Schichten eindeutig mit den Zielen des Marsches identifiziert. Wir brauchen ein sozialistisches Programm, das diesen Teilen angeboten wird, wenn sie an unseren Veranstaltungen teilnehmen. Sein Zweck wäre es, ihnen zu zeigen, wie das Programm ihrer jetzigen Partei ihre Interessen nicht verteidigt und verteidigen kann. Wir kämpfen für die Führung der ArbeiterInnenklasse in der regierungsfeindlichen Bewegung auf der Grundlage unseres sozialistischen Programms, und das kann nicht geschehen, ohne die rivalisierenden KonkurrentInnen für dieselbe Führung zu kritisieren. Mit der richtigen Art von Politik können wir diejenigen Schichten gewinnen, deren historisches Interesse

im Sturz des Kapitalismus liegt, was die PPP nie erreichen kann.

Eine der wichtigsten Errungenschaften des diesjährigen Marsches war, dass die StudentInnen zeigten, wie wichtig es ist, wieder zu lernen, wie man organisiert. Sie hielten öffentliche Versammlungen auf dem Campus ab. Sie hängten Poster auf den Straßen auf. In Lahore mobilisierten sie beim Faiz-Festival (Musik-, Kunst- und Literaturfest) und ließen sich nicht von absurder Kritik aus den reaktionären Teilen der Gesellschaft abschrecken. In vielen Bereichen versuchten die StudentInnen, in ArbeiterInnenviertel und Quartiere der unteren Mittelschicht zu gehen und sprachen mit den Menschen dort, um sie zum Protest einzuladen.

Kurz gesagt, die Mobilisierungen haben gezeigt, dass große Proteste entstehen, wenn wir lernen, wie man sie organisiert. Die Menschen schwärmen nicht einfach zu Protesten in Massenzahlen, weil jemand ein Facebook-Event erstellt oder darüber getwittert hat. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall, Menschen twittern, twittern zurück und teilen Dinge, weil sie sehen, wie andere vor Ort organisieren.

Gleichzeitig

sahen wir, wie der Premierminister und andere MinisterInnen der derzeitigen von der PTI (Pakistanische Bewegung für Gerechtigkeit) geführten Regierung versuchten, die augenblickliche Gelegenheit zu ergreifen, indem sie scheinbar zugunsten von studentischen Gewerkschaften twitterten. Wir haben auch gesehen, wie Bilawal Bhutto Zardari von der PPP die Anstrengung eines Prozesses gegen die VeranstalterInnen des studentischen Marsches verurteilt hat. Murtaza Wahab, Rechtsberater des Ministerpräsidenten im Sindh, Murad Ali Shah, sagte Anfang der Woche, dass er die Wiederherstellung der StudentInnenschaftsgremien in der Provinz genehmigt hat. Er sagte weiter, dass die Regierung von Sindh im Prinzip beschlossen hat, studentische Verbände in Bildungseinrichtungen der Provinz wieder in Kraft zu setzen. Auch wenn dies nur ein Versuch ist, die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen, verkörpert es einen wichtigen Sieg für die studentische Bewegung.

Die PTI ist im Zentrum in der Regierung, während die PPP seit langem die Leitung der Sindh-Versammlung innehat. Auf typische neoliberale Weise versuchen beide bürgerlichen Parteien, eine Bewegung zu kooptieren, die aus der Mobilisierung an der Basis entstanden ist. Dies wirft die Frage auf, in welche Richtung sich die StudentInnenbewegung sowohl unter den Bedrohungen des

Staates als auch unter den Versuchen von Teilen der Bourgeoisie und der Mittelschichten entwickeln wird, die gegenwärtige Gelegenheit beim Schopf zu packen? Wenn wir die Wünsche derjenigen StudentInnen, die Losungen für ein „Surkh Asia“ (Rotes Asien) skandiert haben, wirklich wahr machen wollen, dann müssen wir uns dieser Frage bewusst sein und eine eigene Strategie entwickeln.

Wir fordern:

- Alamgir Wazir muss sofort und bedingungslos freigelassen sowie öffentlich der Fehler durch die für die Verhaftung verantwortliche Behörde eingestanden werden.
- Alle rechtlichen Schritte gegen die OrganisatorInnen des studentischen Marsches, einschließlich Alamgir Wazir, werden unverzüglich eingestellt.
- Alle StudentInnen, deren Zulassungen storniert worden sind, werden sofort wieder aufgenommen.
- Versammlungs- und Protestfreiheit für alle, unabhängig von Rasse, ethnischer Zugehörigkeit, BürgerInnenstatus, Religion usw.
- Die rassistische Profilerstellung von PaschtunInnen, BelutschInnen, Sindhi, Muhadschiri (Urdu-sprachige multiethnische MuslimInnen, die nach der Teilung Indiens

1947 nach Pakistan flohen) und allen unterdrückten Nationalitäten, die unter pakistanischer Herrschaft leben, muss beendet werden.

- Alle Forderungen des StudentInnenmarsches sollen akzeptiert werden.

Aufruf zum Internationalistischen Block beim globalen FFF-Aktionstag

Internationalistischer Block in Berlin, 12.00 Brandenburger Tor, ArbeiterInnenmacht Infomail 1078, 25. November 2019

Wir rufen zum globalen Klimastreik von Fridays for Future am 29. November und zu den Aktionen von Ende Gelände im Lausitzer Braunkohlerevier vom 29.11. bis 01.12. auf.

Gemeinsam mit Arbeiter_Innen, Schüler_Innen, Student_Innen und Arbeitslosen unterstützen wir diese Aktionen.

Es ist längst keine graue Theorie mehr: Viele Menschen leiden unter den Folgen des Klimawandels, vor allem in den ärmeren Regionen der Welt. Tödliche Hitzewellen, massives Artensterben, Überschwemmungen oder

jahrelange Dürren sowie gezielte staatliche Eingriffe in das Ökosystem entziehen vielen Menschen ihre Nahrungs- und Lebensgrundlage. All dies sind Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels.

Auch ist es längst keine graue Theorie mehr, wer für diesen verantwortlich ist.

Es sind nicht

- die Milliarden Lohnabhängigen, die um über die Runden zu kommen, ihre Arbeitskraft verkaufen müssen,
- die Bauern und Bäuerinnen, die weltweit mit immer weniger und schlechterem Land überleben müssen,
- die KonsumentInnen, die von Hartz IV und prekären Jobs leben müssen,
- auch nicht die Beschäftigten in der Braunkohleindustrie in der Lausitz.

Es sind jene kapitalistischen Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse,

- die Mensch und Natur unterwerfen und Arbeiter_Innen auf der ganzen Welt ausbeuten

- die die Atmosphäre,
Böden mit Monokulturen vereinnahmen,
- die Rohstoffe der sog.
„Dritten Welt“ plündern,
- natürliche Ressourcen
als Waffe gegen Mensch und Natur einsetzen und damit

ganze Ökosysteme im Interesse kapitalistischer und imperialistischer Systeme nachhaltig zerstören.

Gemeinsam wollen wir die Verhältnisse sichtbar machen und benennen, die durch Konkurrenz und die Jagd nach immer größerem Profit angetrieben werden. Die Unmenschlichkeit des globalen kapitalistischen, imperialistischen Systems ist kein Betriebsunfall „falscher“ oder „schlechter“ Politik – es ist diesem immanent und zwar auf globaler Ebene.

Dass die Auswirkungen auf andere Länder vernachlässigt werden, bringt einige Absurditäten der aktuellen „Klimapolitik“ und auch des sog. „Green New Deal“ zutage. Beispiel Elektromobilität: Es soll hierzulande flächendeckend auf Elektroautos gesetzt werden, da Verbrennungsmotoren der Atmosphäre schaden. Dabei werden allerdings in großen Mengen Materialien wie Lithium verbaut, die in halbkolonialen Staaten wie Bolivien und Chile abgebaut werden. Die Natur wird dort vergiftet und ausgetrocknet, gleichzeitig werden die Arbeiter_Innen vor Ort dadurch keinen Reichtum erlangen. Sie sollen in

Armut und Elend die wichtigen, aber billigen Rohstoffe abbauen, die die gewinnbringenden Produktionen der imperialistischen Nationen sichern.

So steht aktuell das 12.000 Jahre alte Hasankeyf am Tigris in der Kurdistan-Region in der Türkei kurz vor seiner Zerstörung durch den von der Türkei fertiggestellten Ilisu-Staudamm. Dabei setzt die Türkei Wasser als Waffe ein.

Die Flutung durch diesen Staudamm führt zu einer Massenvertreibung der dort angesiedelten Bauern und Bäuerinnen, die ihre Heimat zugunsten wirtschaftlicher und politischer Interessen verlassen müssen und damit weitgehend ihre Lebensgrundlage verlieren. Das Ökosystem des Tigris, einer der letzten größeren natürlichen Flüsse des Mittleren Ostens, wird nachhaltig zerstört.

Dies hat verheerende Folgen für die Trinkwasserversorgung fast aller Großstädte in der Region bis hin zu Auswirkungen in den Nachbarstaaten. So wird es zur Austrocknung der Mesopotamischen Sümpfe im Süden des Irak kommen, was wiederum zu vermehrten Sandstürmen im Süden des Iran führen wird.

Sobald es jedoch in der Konkurrenz um Macht und Rohstoffe zu Konflikten kommt, werden diese selten direkt geführt, sondern durch Stellvertreter_Innenkriege, der Finanzierung antidemokratischer Kräfte und der

Flut von Waffenexporten auf dem Rücken der Unterdrückten halbkolonialer Staaten ausgetragen.

Einen dieser Kriege im Rahmen einer Assimilierungspolitik zu Lasten der kurdischen Bevölkerung erleben wir zur Zeit in Rojava (Nordsyrien), in das die Türkei einmarschiert ist und das sie nun in Absprache mit Russland, dem Assad-Regime und mit Unterstützung des Westens neu aufteilt. In Palästina und Kaschmir erleben wir eine Verschärfung von Besetzung, Unterdrückung, Vertreibung der Bevölkerung. In Bolivien wird Evo Morales weggeputscht. Dies sind nur einige Beispiele dafür, wie eng Imperialismus, Ausbeutung, Unterdrückung und der Kampf um Ressourcen verzahnt sind.

Die deutsche Regierung und die EU unterstützen Kriege und Unterdrückung, weil sie Länder „befrieden“, die EU gegen Geflüchtete weiter abschotten und selbst bei der Neuordnung der Welt mitmischen wollen. Für die Auswirkungen der imperialistischen Politik und der kapitalistischen Konkurrenz wollen sie nicht zahlen. Im Gegenteil: Menschen, die als Resultat dieser Konflikte und der Folgen des Klimawandels zur Flucht genötigt werden, können kaum noch auf Asyl in den reichen Staaten hoffen, da diese sich mehr und mehr mit Hilfe von Zäunen, von Grenzen, Kontrollen und letztlich Waffengewalt gegen Migration abschotten.

Dabei sind es eben die imperialistischen Länder, die den Klimawandel und die Klimazerstörung zugunsten wirtschaftspolitischer Interessen in einem wesentlichen Maß zu verantworten haben und die auch Schuld an den Konflikten sind, die zu Flucht und Vertreibung führen. Der Kampf gegen Krieg, Ausbeutung, Klimawandel und Kapitalismus muss daher ein internationaler Kampf sein.

- Lasst uns den Klimastreik von FFF mit Arbeitsniederlegungen in den Betrieben und Protestaktionen verbinden!
- Entschädigungslose Enteignung der Klimakiller, der großen Konzerne, unter Kontrolle der Beschäftigten und Gewerkschaften! Ausstieg aus der Kohle durch Verstaatlichung, Weiterbezahlung aller Beschäftigten zu ihren Löhnen und Umstellung der Produktion unter Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung!
- Massive Besteuerung des Kapitals, der Reichen und Vermögensbesitzer zur Finanzierung der notwendigen Maßnahmen zum Klimaschutz – hierzulande wie den Ländern des globalen Südens!
- Öffnung der Grenzen für alle MigrantInnen und Geflüchteten!
- Nein zu allen imperialistischen Kriegen und Interventionen!
- System change, not climate change!

#unteilbar in Dresden – 40.000 gegen rechts

Martin Suchanek, Infomail 1066, 25. August 2019

Massendemonstrationen beeindruckten durch Masse. Und die war gestern, am 24. August, in Dresden am Start. 40.000 Menschen waren dem Aufruf des Bündnisses [#unteilbar](#) gefolgt, um eine Woche vor den Landtagswahlen gegen den Rechtspopulismus der AfD wie den gesellschaftlichen und politischen Rechtsruck insgesamt zu demonstrieren.

Dutzende Trucks und Lautsprecherwagen zogen durch die Dresdner Innenstadt vom Neumarkt zur Cockerwiese, wo Abschlusskundgebung samt Konzert und Chill-Out stattfanden.

Die Trucks und Blöcke brachten im positiven Sinn die Breite und den Massencharakter der Mobilisierung zum Ausdruck. Allein das anti-rassistische Bündnis „Welcome United“ hatte 12 Lautsprecherwagen angemeldet. „Aufstehen gegen Rassismus“, zahlreiche ökologische Bündnisse, aber auch Gewerkschaften, attac, Linkspartei, SPD und Grüne waren mit größeren Blöcken vertreten.

Unter der „radikalen“ Linken war das anti-deutsch/anti-national ausgerichtete Bündnis „Nationalismus ist keine Alternative“ am stärksten vertreten,

darüber hinaus aber auch zahlreiche andere Gruppierungen wie die MLPD, diverse maoistische und stalinistische Organisationen.

Die Jugendorganisation REVOLUTION organisierte einen Block im Klima-Block und mobilisierte gemeinsam mit anderen zum Streik von Fridays for Future am 30. August, bei dem die Umweltfrage ebenso wie der Kampf gegen den Rechtsruck thematisiert werden wird. ArbeiterInnenmacht und REVOLUTION waren darüber hinaus mit einer Reihe von GenossInnen vertreten, die Zeitungen verkauften und Flugblätter verteilten.

Den Erfolg der Demonstration machte aber zweifellos aus, dass weit mehr Menschen mobilisiert wurden, als die verschiedenen Bündnisse, unterstützenden Gruppierungen alleine auf die Straße gebracht hätten. Ein großer Teil, vielleicht die Hälfte der TeilnehmerInnen, war keinen Blöcken zugeordnet, sondern lief entweder zeitweilig in verschiedenen mit oder am Rande der Demonstration. Neben Zehntausenden aus Dresden und Umgebung reisten auch viele Menschen mit Sonderzügen, Bussen aus anderen Bundesländern oder mit dem Regionalverkehr aus der Nähe an. So war die Regionalbahn gefüllt mit Menschen aus sächsischen oder brandenburgischen Kleinstädten und ländlichen Regionen, die bei #unteilbar aufmarschierten.

Konservative Reaktionen

Politisch drückt sich darin eine Polarisierung zwischen rechts und links aus. Auf der einen Seite befinden sich nicht nur die AfD, sondern auch CDU und FDP, auf der anderen die (vorgeblich) auf sozialen und ökologischen Ausgleich bedachten Parteien von SPD, Grünen bis zur Linkspartei. Kein Wunder also, dass neben den Parteivorsitzenden Kipping und Baerbock auch Olaf Scholz an der Demonstration teilnahm.

Aufgrund der politischen Krise der reformistischen ArbeiterInnenbewegung, der Gewerkschaften, aber auch der Schwäche der „radikalen Linken“ drückt sich die Ablehnung von AfD und CDU in einer klassenübergreifenden Allianz von links-bürgerlichen Grünen und reformistischen Parteien wie SPD und Linkspartei aus, die ihrerseits eine ideologisch dominierende Rolle in Bewegungen wie Seebrücke oder Fridays for Future spielen.

Diese Mobilisierung beunruhigt offenkundig nicht nur oder nicht einmal in erster Linie die AfD, sondern vor allem die CDU. Der sächsische Ministerpräsidenten Kretschmer ließ verlautbaren, dass er den DemonstrantInnen Respekt zolle. „Aber ich kann als CDU-Vorsitzender und Ministerpräsident nicht bei einer Veranstaltung dabei sein, bei der auch Kräfte wie die Antifa mit von der Partie sind.“ (<https://www.mdr.de/sachsen/dresden/dresden-radebeul/bericht-u>

[nteilbar-100.html](#))

Außerdem vertrete #unteilbar vieles, das der Position der CDU direkt entgegenstehe, z. B. die Haltung zum sächsischen Polizeigesetz oder zur Seenotrettung. Schließlich fürchtet Kretschmer, dass ein rot-rot-grünes Bündnis gegen die CDU geschmiedet werden könne (was Teile der CDU mit einer „Öffnung“ zur AfD beantworten möchten).

Auch die [FAZ](#) zeigte sich über #unteilbar schon vor der Demonstration beunruhigt – und zwar nicht in erster Linie wegen „Rot-Rot-Grün“. Die Zivilgesellschaft – insbesondere SPD und Grüne – machten durch ihre Zusammenarbeit mit „LinksextremistInnen“ im Rahmen des Bündnisses AntikapitalistInnen und Verfassungsfeinde „salonfähig“. Die FAZ fürchtet, dass die mangelnde Distanzierung von „Linksextremen“ bei #unteilbar oder auch bei Fridays for Future Antikapitalismus oder gar Kommunismus wieder eine große Bühne liefern könnte. Sollten die AktivistInnen weiter von SPD und Linkspartei, aber auch von den Grünen z. B. an Regierung desillusioniert werden, könnten sie sich womöglich den „einfachen Rezepten“ der „Linksradikalen“ zuwenden, in Enteignung, Revolution und Planwirtschaft ihr Heil suchen.

Die Befürchtung der FAZ mag angesichts des vorherrschenden kleinbürgerlichen und reformistischen Bewusstseins in den Bewegungen auf den ersten Blick übertrieben erscheinen. Doch mitunter offenbart die Bourgeoisie (oder eines der führenden Blätter des deutschen Kapitals) durchaus eine gewisse Weitsicht, wenn es um mögliche Gefahren für ihr System und dessen Stabilität geht.

Hoffnungen und Aufgaben

Unmittelbar richten sich die Hoffnungen der Masse der DemonstrantInnen, einschließlich eines großen Teils der von den aktuellen Bewegungen mobilisierten Menschen, zweifellos auf eine Reform des Systems durch einen „vernünftigen“, sozialen und ökologischen Umbau, durch eine Wiederbelebung eines um Umweltfragen erweiterten Sozialkompromisses. Diese Hoffnung wird noch zusätzlich dadurch genährt, dass sich bürgerliche PolitikerInnen wie Merkel und Macron als „vernünftige“, die Menschen aller Klassen „mitnehmen“ wollende Alternative zu Trump und Johnson, zu Putin und Xi präsentieren.

Doch diese Schönwetterversprechen bürgerlicher PolitikerInnen müssen in einer Zeit der unausgestandenen ökonomischen Krisen und der immer schärferen Konkurrenz zwischen den Großmächten rasch an ihre Grenzen stoßen. Selbst jede ernsthafte ökologische und soziale Reform erfordert in Zeiten wie diesen Massenmobilisierungen und die Mittel des Klassenkampfes – sie verlangt nicht nur Demonstrationen und alle möglichen „kreativen Aktionen“, sondern vor allem auch politische Massenstreiks, die das Kapital dort treffen, wo es weh tut – im Herzen der kapitalistischen Profitmacherei.

Die aktuelle politische und wirtschaftliche Entwicklung selbst offenbart immer wieder die Schranken von Reformismus und kleinbürgerlicher Politik. Menschen können so auch in Richtung klassenpolitischer, revolutionärer Alternativen gedrängt werden – falls RevolutionärInnen diese klar und deutlich formulieren.

Dazu ist es erstens notwendig, für ein über Demonstrationen und symbolische Aktionen hinausgehendes Aktionsbündnis von ArbeiterInnenorganisationen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und der „radikalen“ Linken zu kämpfen. Gerade im Anschluss an die Aktionen von #unteilbar, an den globalen Klimastreik, angesichts der drohenden Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse, weiteren Rassismus und Kriegsgefahr wäre eine Aktionskonferenz ein Schritt, um die weitere Perspektive und Kampfschritte zu diskutieren und festzulegen. Diese könnte zugleich auch ein Mittel sein, eine drohende Umleitung der Bewegungen auf eine rein elektorale Scheinlösung – eine Regierung aus Grünen, SPD und Linkspartei – wenigstens zu erschweren. Den „radikalen“, anti-kapitalistischen Kräften käme die Aufgabe zu, gemeinsam die Initiative zu einer solchen Aktionskonferenz zu ergreifen, um so überhaupt erst Gewerkschaften oder andere Massenorganisationen zur Aktion zwingen zu können.

Zweitens muss angesichts der vorherrschenden klassenübergreifenden

Ausrichtung der Bewegung von RevolutionärInnen immer wieder die Klassenfrage stark gemacht werden. Diese bedeutet sicher auch, dass ein stärkeres Gewicht auf ökonomische, soziale und gewerkschaftliche Fragen gelegt werden muss – zumal und gerade angesichts drohender Massenentlassungen im gesamten Bundesgebiet.

Doch revolutionäre Klassenpolitik geht weit darüber hinaus. Sie muss als Politik begriffen werden, die sich gegen jede Form von Ausbeutung und Unterdrückung richtet und deren Ziel im revolutionären Sturz des Kapitalismus besteht – der notwendigen Voraussetzung für eine sozialistische Umgestaltung aller Lebensbereiche. Eine solche Politik fällt nicht vom Himmel. Sie bedarf eines klaren, revolutionären Aktionsprogramms und des Kampfes für eine neue revolutionäre Partei und Internationale.

**Kassel: 15.000 demonstrieren
gegen Nazis – „Antideutsche“
ProvokateurInnen denunzieren**

InternationalistInnen

Martin Suchanek, Infomail 1063, 24. Juli 2019

15.000 Menschen gingen am 20. Juli gegen die faschistische Gruppierung „Die Rechte“ auf die Straße – eine der größten Demonstrationen seit Jahren. Zweifellos brachte die gezielte Provokation der Nazis für viele das Fass zum Überlaufen und dazu, gegen den Nazi-Mob auf die Straße zu gehen. „Die Rechte“ brachte es schließlich fertig, den Mord am Kassler CDU-Regierungspräsidenten Walter Lübcke zu relativieren, den der Getötete durch die Unterstützung der Flüchtlingspolitik der Regierung Merkel gewissermaßen „herausgefordert“ hätte. In den Augen der Nazis stellte der rassistische Mord gewissermaßen eine „Notwehr“ gegen eine imaginierte Zerstörung deutscher Kultur und Volksgemeinschaft dar.

Die gute Nachricht vorweg: Der „Dritte Weg“ erlitt mit seiner menschenverachtenden Mobilisierung kläglich Schiffbruch. Selbst den RassistInnen von der AfD und den meisten AnhängerInnen des Rechtspopulismus war solcherart zur Schau getragene Sympathiebekundung mit einem faschistischen Mörder (noch?) zu viel. Die Nazis blieben weitgehend unter sich, mussten ihre Route verlegen, konnten jedoch unter massivem Polizeischutz demonstrieren.

Allein die Masse von rund 15.000 Menschen verdeutlicht, wer an diesem Tag zahlenmäßig die Oberhand hatte. Kurzfristig mag das auf die Völkischen vom „Rechten Weg“ sogar demoralisierend wirken. Die Massendemonstration offenbarte ein enormes Mobilisierungspotential im Kampf gegen rechts.

Zugleich verdeutlichte sie aber auch die politische Schwäche des „breiten“ Mobilisierungsbündnisses bis hin zu Kirchen, Grünen, bürgerlichen Vereinen. An diesem Tag wäre nicht nur ein zahlenmäßiger Erfolg, ein klarer Sieg bei der symbolischen Heerschau möglich gewesen. Die Nazis hätten bei einer entschlossenen, koordinierten Vorgehensweise der 15.000 – und das heißt zuerst bei einem entschlossenen Vorgehen des Bündnisses selbst – nicht nur an den Rand gedrängt werden können. Ihre Veranstaltung hätte tatsächlich verhindert und die Rechten in die Flucht geschlagen werden können. Sie hätten so nicht nur erleben müssen, dass ihnen an diesem Tag die Stadt nicht gehörte, sie hätten auch von der Straße gefegt werden können.

Hier zeigte sich einmal mehr die Grenze des bürgerlichen Antifaschismus, der das Kassler Bündnis (wie die meisten, bis weit ins bürgerliche Lager hinein reichenden „breiten Bündnisse“) politisch dominiert – diesmal in Form der Beschränkung auf eine massenhafte, symbolische Manifestation.

So weit zur eigentlich politischen Bilanz und zu den Fragen, die bei einer Auswertung der Aktion im Vordergrund stehen müssen.

Die „Bilanz“ der Anti-Deutschen

Während bürgerliche Kräfte wie die Grünen, die katholische und evangelische Kirche, aber auch reformistische Parteien (SPD, Linkspartei) und die Gewerkschaften wirklich AnhängerInnen mobilisierten und so dazu beitrugen, dass sich Tausende versammelten, gaben sich die anti-deutschen Gruppierungen in Kassel mit den Tiefen profaner Mobilisierungsarbeit nicht weiter ab.

Das drückte sich darin aus, dass sie allesamt den Aufruf zur Aktion um die vier Forderungen „Gemeinsam gegen rechten Terror! Aufdeckung und Zerschlagung der braunen Netzwerke und NSU-Strukturen! Kein Fußbreit den Mördern und Faschisten! Den Naziaufmarsch am 20. Juli in Kassel verhindern!“ (<http://bgr-kassel.de/kassel-nimmt-platz-no-pasaran>) erst gar nicht unterstützten.

Ihr Anliegen besteht offenkundig nicht darin, Faschismus und Rassismus entgegenzutreten. Ihre Hauptenergie verwenden sie vielmehr auf die „Feindbeobachtung“ bei den Aktionen gegen die Rechten – und darunter verstehen

nicht die Nazis, sondern alle linken Strömungen, die sich der „Solidarität mit Israel“ verweigern und die reaktionäre Gleichsetzung von Antizionismus und Antisemitismus ablehnen.

„Den Aufruf des Kasseler Bündnisses gegen Rechts haben auch klar antizionistisch und antisemitisch ausgerichtete Gruppen unterzeichnet:

DKP-Nordhessen, Gruppe Arbeiterinnenmacht, Kasseler Friedensforum, MLPD Kreis Kassel, Jugendorganisation REVOLUTION und die SAV. Mit der ‚Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft‘ hat mittlerweile auch eine Kasseler Gruppe den Aufruf unterzeichnet, die wie die MLPD die offiziell für antisemitisch erklärte BDS-Bewegung unterstützt (siehe: BDS-Unterstützer) und deren Vorsitzende sich an den antisemitischen Aufmärschen im Sommer 2014 beteiligte..“ (<https://bgakasselblog.wordpress.com/2019/07/15/auch-in-kassel-unteilbar-mit-antizionisten>)

Dieses Zitat verdeutlicht die politische Ausrichtung der sog. Anti-Deutschen. Sie richten sich gegen alle bekanntermaßen politisch sehr unterschiedlichen Kräfte, für die Antifaschismus und Antirassismus mit dem Kampf gegen Imperialismus und Krieg, für internationale Solidarität eng verbunden sind.

Wir haben schon in verschiedenen Artikeln hinlänglich den falschen, demagogischen und hetzerischen Vorwurf des Antisemitismus gegen

ArbeiterInnenmacht und REVOLUTION wie auch gegen die anderen genannten Gruppierungen zum Ausdruck gebracht. Sie erwachsen allesamt aus der falschen Gleichsetzung von Antizionismus und Antisemitismus. Diese führt einerseits zur Unterstützung oder Hinnahme der Unterdrückung der PalästinenserInnen durch den israelischen Staat und den Imperialismus (einschließlich der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Unterstützung durch den deutschen Staat). Andererseits verharmlost sie den wirklich wachsenden Antisemitismus auf Seiten der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Rechten – von den Nazis, den RechtspopulistInnen bis in „bürgerliche Lager“.

Die Verstrickung der Anti-Deutschen in diese Politik verdeutlicht ihre Solidarität mit dem US-Imperialismus und Israel gegenüber dem Iran oder der anti-muslimischen und anti-arabischen rassistischen Hetze (bis hin zum skandalösen Hofieren von RednerInnen der ultra-rassistischen „English Defence League“ in Kassel durch AK Raccoons und das sog. Bündnis gegen Antisemitismus).

Daher kann es auch nicht verwundern, dass sich die Anti-Deutschen einzig über die Teilnahme, linker, internationalistischer, kommunistischer, sozialistischer und antikapitalistischer Strömungen an der Demonstration echauffieren. Mit der staatstragenden Politik

der VertreterInnen
der „Mitte“ der Gesellschaft (christliche Kirchen, Grüne
Partei, SPD,
Linkspartei, Gewerkschaftsführungen) haben sie offenkundig
keine politischen
Probleme – abgesehen davon, dass diese angeblich „demokratie-
und
israelfeindliche“ Gruppierungen bei der Mobilisierung und auf
der Demonstration
dulden würden. Mit anderen Worten: Die „Mitte“ ist den Anti-
Deutschen nicht
rechts und staatstragend genug. Schließlich soll diese die
Forderung der
Anti-Deutschen umsetzen und die linken, antifaschistischen
Kräfte rauswerfen,
damit pro-imperialistische und rassistische anti-deutsche
HetzerInnen auch
mitmachen könnten.

Freudig nahmen auch die bürgerlichen Medien die
Diffamierungskampagne auf. So warf die [Hessische
Niedersächsische Allgemeine Zeitung](#) vor der Aktion die Frage
auf, ob es eine gute Idee wäre, mit „Linksextremisten“ und
„Gewaltbereiten“ zu demonstrieren. All dies verdeutlicht nur,
dass die Anti-Deutschen die Interessen des deutschen
Imperialismus, seiner „Demokratie“, seines Staates bedienen.

Klare Kante zeigen!

Die linken Organisationen müssen der erneuten Diffamierung
durch die Anti-Deutschen klar und gemeinsam entgegentreten.
Die Hetze in Kassel stellt nur einen und leider auch
keineswegs den gefährlichsten Teil der rechten Kampagne dar.

ArbeiterInnenmacht, REVOLUTION und andere Gruppierungen haben als einen Schritt in diese Richtung den Aufruf [„Internationale Solidarität gegen die Angriffe der sogenannten ‚Antideutschen‘ – Antizionismus ist kein Antisemitismus!“](#) lanciert. Wir rufen andere linke Organisationen auf, sich diesem anzuschließen und ihre gemeinsamen Aktivitäten gegen Provokationen aus dem „anti-deutschen“ Spektrum zu verstärken.

Das Kassler Bündnis gegen Rechts sollte seinerseits eine klare Absage an die Zumutungen aus diesem Spektrum erteilen. Im Kampf gegen den realen, wachsenden Faschismus, Rassismus und auch gegen den Antisemitismus stehen die Anti-Deutschen auf der anderen Seite der Barrikade. Allenfalls sind sie unnützer Ballast – und den sollten wir abwerfen. Der Kampf gegen Rechts erfordert ohnedies genug Kräfte. Vor allem aber wird er nicht erfolgreich sein können, wenn er nicht zugleich mit dem gegen Ausbeutung der sog. „Dritten Welt“, Abschottung der EU, rassistische und nationale Unterdrückung durch den Imperialismus verbunden wird.

**40.000 bei IG-Metall-
Kundgebung in Berlin –**

„Fair“handeln ist keine Lösung!

Frederik Haber, Neue Internationale 239, Juli/August 2019

Die großen Auto-Konzerne wie VW und Daimler, aber auch ZuliefererInnen haben klare Kampfansagen formuliert: Die Beschäftigten sollen die Kosten für E-Mobilität bezahlen. Zehntausende Arbeitsplätze sollen wegfallen und Werke geschlossen werden. Die bisher angekündigten Angriffe werden nicht die letzten sein. Maschinenbau und Stahl werden folgen. Dazu kommen die Digitalisierung und die nächste Krise. Auch damit wollen sie zehntausende Stellen vernichten.

Ob wir die E-Mobilität wollen, ob es sinnvoll ist, Verbrennungsmotoren durch Batterien zu ersetzen, das werden wir weder als Beschäftigte noch als VerbraucherInnen gefragt. Aber zahlen sollen wir! Die Digitalisierung hat den Zweck, menschliche Arbeit überflüssig zu machen. Grundsätzlich ist gegen höhere Produktivität nichts einzuwenden, aber im Kapitalismus bedeutet dies immer mehr Arbeitslosigkeit und Arbeitsverdichtung.

Die BetriebsratsfürstInnen und die IG Metall-Spitze reagieren bislang hilflos auf diese Kampfansagen. Sie schaffen es meist nicht mal deutlich und klar, die Sparprogramme abzulehnen und dagegen zu mobilisieren. Nur in Ausnahmefällen, z. B. bei Bosch, gab es Proteste. Mobilisierung ist gut, aber die Bosch-Betriebsräte haben unter anderem die Aufhebung der Fahrverbote gefordert. Kann es die Arbeitsplätze retten, wenn dafür die Städte verpestet werden und das Klima kippt?

Hofmann: Große Worte – hilflose Konzepte

Auch die Kundgebung in Berlin wich vor den Problemen aus: Es scheint so, als ob Digitalisierung und E-Mobilität aus Naturgesetzen entspringen. Zugleich erkannte auch der Vorsitzende Hofmann, dass die sog. „ArbeitgeberInnen“ versuchen werden, die anstehenden Umstrukturierungen zur Verschlechterung von Arbeitsbedingungen, zu Lohnkürzungen, zu Personalabbau und weiterer Flexibilisierung zu nutzen.

Seine Schlussfolgerung bleibt freilich weit hinter dem zurück, was notwendig ist, ja widerspricht geradezu seinen eigenen Warnungen. Die eben noch

als profitgierig
denunzierten Unternehmen und „die Politik“ werden
aufgefordert, „endlich zu
handeln“ und zur guten alten Sozialpartnerschaft
„zurückzukehren“. Dabei ist
doch gerade das Schlimme, dass diese handeln! Sie haben sich
für die „Lösung“
entschieden, die ihnen weiter Profite sichern soll; die die
Beschäftigten
dreifach mit Arbeitsplatzabbau, Lohnsenkungen und
Verlagerungen bezahlen
sollen; die der Menschheit neue Umweltprobleme bescheren wird.
Die
KapitalistInnen haben ein Konzept, das sie mit aller Macht
durchsetzen wollen –
die IG Metall bittet um „Fairwandel“.

In den Betrieben
werden die Sparprogramme von den Betriebsratsspitzen
abgenickt, wenn nur
keine/r direkt gekündigt wird. Beispiel Daimler: Wenn von den
Angestellten
keine/r rausfliegt und in der Produktion alles mit Leiharbeit
geregelt wird,
nennen sie das „sozialverträglich“. Nein, Leiharbeit bedeutet
Lohndrückerei und
Unsicherheit! Arbeitsplatzvernichtung ist nicht
sozialverträglich!

Auf der
Kundgebung am 29. Juni gab sich die IG Metall linker und
„kämpferischer“ als in
den letzten Jahren. Nicht nur Entschlossenheit bei der
Durchsetzung der
Interessen der Beschäftigten wurde beschworen, sondern die

RednerInnen und ModeratorInnen betonten auch immer wieder Antirassismus und ökologische Nachhaltigkeit. Wiederholt wurde dazu aufgerufen, der AfD keine Stimme zu geben, und der gewerkschaftsfeindliche Charakter der Partei betont. Ein Vertreter des NABU fungierte als Hauptredner. Der Schulterchluss mit der Umweltbewegung und mit Fridays for Future wurde zumindest verbal beschworen. Auf den globalen Klimastreik vom 20. September wurde mehrfach hingewiesen, wenn auch ohne irgendeine konkrete Aussage zur Mobilisierung der IG Metall selbst.

Kurz gesagt, die Gewerkschaftsführung blinkte links, ohne sich die Hände für zukünftige Rechtsabbieger am Verhandlungstisch zu binden.

Klare Forderungen für alle MetallerInnen!

Dass 40.000 aus der ganzen Bundesrepublik kamen, zeigt, dass die IG Metall mobilisieren kann, wenn sie wirklich will. Viele Beschäftigte nutzten den Weg vom Hauptbahnhof, wo die Sonderzüge eintrafen, um wenigstens die kurze Strecke zum Brandenburger Tor als eine Art Demo mit Sprechchören, Transparenten und Fahnen zu gestalten. Die

IG-Metall-Jugend hatte eine kleine, aber lautstarke Zubringerdemo vom Alexanderplatz zur Kundgebung organisiert.

Wie die letzte Tarifrunde zeigte das, dass die Gewerkschaft durchaus kampfund mobilisierungsfähig ist. Es geht aber jetzt um ganz andere Dinge als den Tarifzug oder eine Kundgebung mit Reden, Bierzelten und Kulturprogramm. Gegen die Angriffe der Konzerne wird eine einzelne Demo in Berlin ohne klare Forderungen bei weitem nicht reichen.

- Was wir heute als IG Metall brauchen, ist ein Nein zu jedem Arbeitsplatzabbau!
- Auf Digitalisierung und Transformation gibt es nur eine Antwort: Verkürzung der Arbeitszeit entsprechend der Arbeitseinsparung bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Das heißt: Kampf für die 30-Stunden-Woche in Ost und West und gemeinsam in ganz Europa! Kein erneuter Ausverkauf des Kampfes um die 35-Stunden-Woche im Osten!
- Die LeiharbeiterInnen und Jugendlichen drohen als Erste zum Opfer der Angriffe zu werden. Keine Entlassung der LeiharbeiterInnen, Übernahme in gleiche, tariflich gesicherte Beschäftigung, unbefristete Übernahme der Azubis, kein Einstellungsstopp!

- Wir brauchen eine gesellschaftliche Debatte über die Zukunft der Verkehrssysteme und der Energieversorgung, statt weiter den Ideen der Konzerne hinterher zu traben, welche sie immer auch mit der Regierung durchgesetzt haben. Geplante Ersetzung des Individualverkehrs durch massiven Aus- und Umbau des öffentlichen Verkehrs, kontrolliert von Gewerkschaften, Beschäftigten und NutzerInnen!
- Wir dürfen nicht nur immer den „eigenen“ Betrieb im Auge haben: Die Autoindustrie ist global, die Klimakatastrophe und die Wirtschaftskrise sind es auch. Gerade die Gewerkschaft muss über den Tellerrand eines Betriebes und eines Landes hinausschauen und endlich damit aufhören zu versuchen, mit Standortsicherungen die „eigenen“ Arbeitsplätze auf Kosten der KollegInnen in anderen Betrieben, Werken oder Ländern zu sichern. Das untergräbt die Solidarität und macht uns zum Spielball der ManagerInnen!
- Gemeinsamer Kampf mit Geflüchteten und MigrantInnen gegen Rassismus und Nationalismus!
- Entschädigungslose Enteignung aller Unternehmen, die Massenentlassungen oder Schließungen durchsetzen wollen, durch Massenstreiks und Betriebsbesetzungen erzwungen! Weiterführung und Neuausrichtung der verstaatlichten Betriebe unter ArbeiterInnenkontrolle!
- Für den 20. September haben AktivistInnen der Fridays-for-Future-Bewegung wie Greta Thunberg zu einem globalen Klimastreik aufgerufen, der alle Altersschichten umfassen soll und ArbeiterInnenbewegung und

Umweltbewegung praktisch zusammenführen kann. Wir fordern von der IG Metall, den DGB-Gewerkschaften und dem Europäischen Gewerkschaftsbund eine volle Mobilisierung, um den Klimastreik zu einem internationalen politischen Massenstreik zu machen!

Das Problem heißt „Sozialpartnerschaft“

Diese

Forderungen können nicht durchgesetzt werden, wenn jede Belegschaft alleine mit Angriffen konfrontiert ist. Alle gemeinsam – wie hier in Berlin – ist der richtige Ansatz. Aber die Zersplitterung in einzelne Unternehmen und Werke hat einen Grund: Das politische Muster der Betriebsratschefs und der ganzen IG Metall-Spitze ist, dass es für „unsere Leute“ das Beste wäre, wenn „unsere Unternehmen“ fette Gewinne machen würden. Dann würde für alle was abfallen: ein paar Prozent Lohnerhöhung für die Kernbelegschaften der Auto-Industrie, auch mal ein paar Tausender Jahresprämie.

Diese Rechnung

ist in den letzten Jahren scheinbar aufgegangen, weil die deutsche Auto-Industrie und auch Stahl und Maschinenbau die anderen Industrieländer nieder konkurriert haben.

In Wirklichkeit waren die „Belohnungen“ für die MetallerInnen aber bescheiden, gemessen an den Profiten des Kapitals. Viele Beschäftigte in der Zulieferindustrie, in der sogenannten „Produktionslogistik“ oder in Leiharbeit haben davon nichts abbekommen. Sie haben oft sogar Reallohnverluste erlitten oder waren die Opfer, mit deren Lohneinbußen, Ausgliederungen und Arbeitsplatzverlusten die Profite der Konzerne gesteigert wurden. Die Bedingungen im Osten wurden bis heute nicht an jene des Westens angeglichen und die Beschäftigten in den Leiharbeitsfirmen werden nicht nur schlechter bezahlt, sondern dienen auch als Reserve, die viel leichter gefeuert werden kann.

Ganz sicher ist, dass angesichts des Konjunkturrückgangs, der massiven Arbeitsplatzvernichtung durch Digitalisierung und E-Mobilität diese „Partnerschaft“ mit dem Kapital noch weniger funktionieren kann.

Neue Strategie – neue Bewegung

Die nötige Wende in der IG Metall kann nicht mit einem Hofmann kommen, der vor den Kampfansagen des Kapitals die Augen verschließt, und, selbst wenn er etwas linker auftritt,

weiter von „Partnerschaft“ träumt!

Es gibt in vielen Betrieben Kolleginnen und Kollegen, die gegen die Kungelei der BR-Spitzen und der GewerkschaftssekretärInnen mit den Vorständen vorgehen, die versuchen, Vertrauensleute zu stärken oder die eigene BR-Listen aufstellen. Wir müssen erkennen, dass das Problem nicht an einzelnen Führungspersonen liegt. Dahinter steht ein politisches Konzept. Die Sozialpartnerschaft können wir nur mit einer entgegengesetzten Strategie bekämpfen, die von den Interessen aller MetallerInnen und der ganzen Klasse ausgeht und nicht einer Elite von Stammebelegschaften in den Großkonzernen. Wir müssen dies gemeinsam erarbeiten und uns zusammenschließen, weil die Macht in der IG Metall völlig unter der Kontrolle des Apparates ist.

Am 25./26.

Januar 2020 wird in Frankfurt/Main eine Strategie-Konferenz stattfinden, die Kolleginnen und Kollegen in diesem Sinne zusammenbringen soll. Wir rufen Metaller und Metallerinnen auf, sich jetzt schon auszutauschen und zu verbinden: Für eine oppositionelle Bewegung, die die Angriffe der Unternehmen nicht sozial gestaltet, sondern konsequent bekämpft! Für eine Bewegung, die auf Klassenkampf setzt statt auf Sozialpartnerschaft, auf ein

Aktionsprogramm gegen
die Krise und für die Interessen aller ArbeiterInnen statt auf
Kugelrunden mit
Kapital und Kabinett!

Diese muss schon
jetzt beginnen, als organisierte Kraft in den Gewerkschaften
sichtbar zu
werden.

**„Fair“handeln ist keine
Lösung! Zukunft müssen wir
uns erkämpfen!**

*Gegenwehr! Betriebs- und Gewerkschaftsinfo der Gruppe
ArbeiterInnenmacht zur Kundgebung der IG Metall am 29. Juni,
Infomail 1060, 29. Juni 2019*

Die großen Auto-Konzerne wie VW und Daimler, aber auch
Zulieferer haben klare Kampfansagen formuliert: Die
Beschäftigten sollen die
Kosten für E-Mobilität bezahlen. Zehntausende Arbeitsplätze
sollen wegfallen
und Werke geschlossen werden. Die bisher angekündigten
Angriffe werden nicht
die letzten sein. Maschinenbau und Stahl werden folgen. Dazu
kommen die
Digitalisierung und die nächste Krise. Auch damit wollen sie

zehntausende
Stellen vernichten.

Ob wir die E-Mobilität wollen, ob es sinnvoll ist,
Verbrennungsmotoren durch Batterien zu ersetzen, das werden
wir weder als
Beschäftigte noch als VerbraucherInnen gefragt. Aber zahlen
sollen wir! Die
Digitalisierung hat den Zweck, menschliche Arbeit überflüssig
zu machen. Grundsätzlich
ist gegen höhere Produktivität nichts einzuwenden, aber im
Kapitalismus
bedeutet dies immer mehr Arbeitslosigkeit und
Arbeitsverdichtung.

Die BetriebsratsfürstInnen und die IG Metall-Spitze
reagieren hilflos auf diese Kampfansagen. Sie schaffen es
meist nicht mal
deutlich und klar, die Sparprogramme abzulehnen und dagegen zu
mobilisieren.
Nur in Ausnahmefällen, z. B. bei Bosch, gab es Proteste.
Mobilisierung ist
gut, aber die Bosch-Betriebsräte haben unter anderem die
Aufhebung der
Fahrverbote gefordert. Kann es die Arbeitsplätze retten, wenn
dafür die Städte
verpestet werden und das Klima kippt?

Hofmann: Große Worte – hilflose Konzepte

Auch die Kundgebung heute in Berlin weicht den Problemen
aus: Hofmann tut so, als ob Digitalisierung und E-Mobilität

aus Naturgesetzen
entspringen und fordert die Unternehmen und „die Politik“ auf,
„endlich zu
handeln“. Das Schlimme ist aber, dass diese handeln! Sie haben
sich für die
„Lösung“ entschieden, die ihnen weiter Profite sichern soll;
die die
Beschäftigten dreifach mit Arbeitsplatzabbau, Lohnsenkungen
und Verlagerungen
bezahlen sollen; die der Menschheit neue Umweltprobleme
bescheren wird. Die
KapitalistInnen haben ein Konzept, das sie mit aller Macht
durchsetzen wollen –
die IG Metall bittet um „Fairwandel“.

In den Betrieben werden die Sparprogramme von den
Betriebsratsspitzen abgenickt, wenn nur keine/r direkt
gekündigt wird. Beispiel
Daimler: Wenn von den Angestellten keine/r rausfliegt und in
der Produktion
alles mit Leiharbeit geregelt wird, nennen sie das
„sozialverträglich“. Nein,
Leiharbeit bedeutet Lohndrückerei und Unsicherheit!
Arbeitsplatzvernichtung ist
nicht sozialverträglich!

Klare Forderungen für alle MetallerInnen!

Die IG Metall kann mobilisieren, wenn sie wirklich will. Das
hatte schon die letzte Tarifrunde gezeigt. Es geht aber jetzt
um ganz andere
Dinge als den Tarifzug. Gegen die Angriffe der Konzerne wird
eine einzelne Demo

in Berlin ohne klare Forderungen bei weitem nicht reichen.

- Was wir heute als IG Metall brauchen, ist ein Nein zu jedem Arbeitsplatzabbau!
- Auf Digitalisierung und Transformation gibt es nur eine Antwort: Verkürzung der Arbeitszeit entsprechend der Arbeitseinsparung bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Das heißt: Kampf für die 30-Stunden-Woche in Ost und West und gemeinsam in ganz Europa! Kein erneuter Ausverkauf des Kampfes um die 35-Stunden-Woche im Osten!
- Die LeiharbeiterInnen und Jugendliche drohen als Erste zum Opfer der Angriffe zu werden. Keine Entlassung der LeiharbeiterInnen, Übernahme in gleiche, tariflich gesicherte Beschäftigung, unbefristete Übernahme der Azubis, kein Einstellungsstopp!
- Wir brauchen eine gesellschaftliche Debatte über die Zukunft der Verkehrssysteme und der Energieversorgung, statt weiter den Ideen der Konzerne hinterher zu traben, welche sie immer auch mit der Regierung durchgesetzt haben. Geplante Ersetzung des Individualverkehrs durch massiven Aus- und Umbau des öffentlichen Verkehrs, kontrolliert von Gewerkschaften, Beschäftigten und NutzerInnen!
- Wir dürfen nicht nur immer den „eigenen“ Betrieb im Auge haben: Die Autoindustrie ist global, die Klimakatastrophe und die Wirtschaftskrise sind es auch. Gerade die Gewerkschaft muss über den Tellerrand eines Betriebes und eines Landes hinausschauen und endlich damit aufhören zu versuchen, mit Standortsicherungen die eigenen Arbeitsplätze auf Kosten der KollegInnen in anderen Betrieben, Werken oder Ländern zu sichern. Das untergräbt die Solidarität und macht uns zum Spielball der ManagerInnen!
- Gemeinsamer Kampf mit Geflüchteten und MigrantInnen gegen Rassismus und Nationalismus!

- Entschädigungslose Enteignung aller Unternehmen, die Massenentlassungen oder Schließungen durchsetzen wollen, durch Massenstreiks und Betriebsbesetzungen erzwungen! Weiterführung und Neuausrichtung der verstaatlichten Betriebe unter ArbeiterInnenkontrolle!
- Für den 20. September haben AktivistInnen der Fridays for Future Bewegung wie Greta Thunberg zu einem globalen Klimastreik aufgerufen, der alle Altersschichten umfassen soll und ArbeiterInnenbewegung und Umweltbewegung praktisch zusammenführen kann. Wir fordern von der IG Metall, den DGB-Gewerkschaften und dem Europäischen Gewerkschaftsbund eine volle Mobilisierung, um den Klimastreik zu einem internationalen politischen Massenstreik zu machen!

Das Problem heißt „Sozialpartnerschaft“

Diese Forderungen können nicht durchgesetzt werden, wenn jede Belegschaft alleine mit Angriffen konfrontiert ist. Alle gemeinsam – wie hier in Berlin – ist der richtige Ansatz. Aber die Zersplitterung in einzelne Unternehmen und Werke hat einen Grund: Das politische Muster der Betriebsratschefs und der ganzen IG Metall-Spitze ist, dass es für „unsere Leute“ das Beste wäre, wenn „unsere Unternehmen“ fette Gewinne machen würden. Dann würde für alle was abfallen: ein paar Prozent Lohnerhöhung für die Kernbelegschaften der Auto-Industrie, auch mal ein paar Tausender Jahresprämie.

Diese Rechnung ist in den letzten Jahren scheinbar aufgegangen, weil die deutsche Auto-Industrie und auch Stahl und Maschinenbau die anderen Industrieländer nieder konkurriert haben.

In Wirklichkeit waren die „Belohnungen“ für die MetallerInnen aber bescheiden, gemessen an den Profiten des Kapitals. Viele Beschäftigte in der Zulieferindustrie, in der sogenannten „Produktionslogistik“ oder in Leiharbeit haben davon nichts abbekommen. Sie haben oft sogar Reallohnverluste erlitten oder waren die Opfer, mit deren Lohneinbußen, Ausgliederungen und Arbeitsplatzverlusten die Profite der Konzerne gesteigert wurden. Die Bedingungen im Osten wurden bis heute nicht an jene des Westens angeglichen und die Beschäftigten in den Leiharbeitsfirmen werden nicht nur schlechter bezahlt, sondern dienen auch als Reserve, die viel leichter gefeuert werden kann.

Ganz sicher ist, dass angesichts des Konjunkturrückgangs, der massiven Arbeitsplatzvernichtung durch Digitalisierung und E-Mobilität diese „Partnerschaft“ mit dem Kapital noch weniger funktionieren kann.

Neue Strategie – neue Bewegung

Die nötige Wende in der IG Metall kann nicht mit einem Hofmann kommen, der vor den Kampfansagen des Kapitals die Augen verschließt, und mit all den anderen, die weiter von „Partnerschaft“ träumen!

Es gibt in vielen Betrieben Kolleginnen und Kollegen, die gegen die Kungelei der BR-Spitzen und der GewerkschaftssekretärInnen mit den Vorständen vorgehen, die versuchen, Vertrauensleute zu stärken oder die eigene BR-Listen aufstellen. Wir müssen erkennen, dass das Problem nicht an einzelnen Führungspersonen liegt. Dahinter steht ein politisches Konzept. Die Sozialpartnerschaft können wir nur mit einer entgegengesetzten Strategie bekämpfen, die von den Interessen aller MetallerInnen und der ganzen Klasse ausgeht und nicht einer Elite von Stammebelegschaften in den Großkonzernen. Wir müssen dies gemeinsam erarbeiten und uns zusammenschließen, weil die Macht in der IG Metall völlig unter der Kontrolle des Apparates ist.

Am 25./26. Januar 2020 wird in Frankfurt/Main eine Strategie-Konferenz stattfinden, die Kolleginnen und Kollegen in diesem Sinne zusammenbringen soll. Wir rufen Metaller und Metallerinnen auf, sich jetzt schon auszutauschen und zu verbinden: Für eine oppositionelle Bewegung, die die Angriffe der Unternehmen nicht sozial gestaltet, sondern konsequent bekämpft! Für eine Bewegung, die auf Klassenkampf setzt statt auf

Sozialpartnerschaft,
auf ein Aktionsprogramm gegen die Krise und für die Interessen
aller
ArbeiterInnen statt auf Kungelrunden mit Kapital und Kabinett!

Anhang: Korruption ist Scheiße ...

BetriebsratsfürstInnen greifen zu: Osterloh (VW) soll bis zu
750.000 in einem Jahr, Hück (Porsche) wohl eine halbe Million
verdienen. Das
dürfte die Spitze des Eisbergs sein. Es gibt noch genug andere
SpitzenfunktionärInnen bei der IG Metall, deren Einkommen weit
im Bereich von
Managergehältern liegen.

Die Genannten machen nach eigenen Worten so was wie
Topmanagement. Sie finden, dass sie für „ihre Firma“ arbeiten
und zwar viel.
Sollen sie aber gar nicht! Sie sollen für die Interessen der
Belegschaften
kämpfen und als Gewerkschafter für ALLE MetallerInnen! Das
geht nicht mit
Managergehältern. Abgesehen davon ist es eine Beleidigung für
alle
Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder, die mit
Benachteiligung zu kämpfen
haben, mit Karriereknick oder (auch) in ihrer Freizeit
unbezahlt aktiv sind.

- Offenlegung aller Bezüge! Durchschnittliche Bezüge für
alle Betriebsratsmitglieder, die jenen der Belegschaft

entsprechen!

Internationale Solidarität gegen die Angriffe der sogenannten „Antideutschen“ – Antizionismus ist kein Antisemitismus!

*Gemeinsame Erklärung internationalistischer Gruppierungen und
Organisation, 13. Juni 2019*

Angriffe auf
internationalistische, antikapitalistische und
antiimperialistische Kräfte
mehren sich besonders in den letzten Monaten. Sogenannte
„Antideutsche“ hetzen gegen alle
fortschrittlichen linken, demokratischen, sozialistischen und
kommunistischen
Kräfte, die Kritik an der israelischen Politik und deren
Unterstützung durch
den deutschen und/oder US-amerikanischen Imperialismus üben.
Erst recht
denunzieren sie jede Solidarität mit dem Widerstand der
Palästinenser_innen und
antizionistischer Kräfte.

Mit dem Vorwurf „Antizionismus“ sei „Antisemitismus“ wird die steigende rechte Gefahr für Leib und Leben in Deutschland und Israel für Linke und MigrantInnen relativiert und der reale wachsende Antisemitismus der Rechten verharmlost. Der zentrale Zweck der Kriminalisierung von AntizionistInnen ist jedoch, jede Kritik an Israel und der deutschen pro-zionistischen Außenpolitik, jede Solidarisierung mit der palästinensischen Bevölkerung und tendenziell auch jede Kritik an imperialistischen Interventionen im „Nahen Osten“ mundtot zu machen.

Dafür unterstützen die „Antideutschen“ ausgemacht rechte und rassistische Regierungen, wie in Israel und den USA und versuchen, jede Kritik an diesen Staaten als antisemitisch zu denunzieren, selbst jene jüdischer Antizionist_innen.

Die sog. „Antideutschen“ beschränken sich dabei nicht nur auf Hetze in Wort und Schrift, sondern greifen auch auf andere Mittel zurück.

- Ausschluss von oder Ausschlussdrohungen gegen missliebige/n Organisationen aus linken Bündnissen. Davon waren und sind zahlreiche Gruppierungen wie z.B. MLPD, ArbeiterInnenmacht, REVOLUTION, BDS Berlin, Bonner Jugendbewegung, F.O.R. Palestine, Jugendwiderstand und

- andere internationalistische Gruppierungen... betroffen.
- Denunziation von Antizionist_innen in öffentlichen Institutionen bis hin zur Drohung von Entlassungen und Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz (z.B. durch „Recherche-Besuche von AutorInnen des Portals „Ruhrbarone“).
 - Versuch der Kriminalisierung ganzer Gruppierungen und Kampagnen wie z.B. von BDS in Zusammenarbeit mit reaktionären Kräften.
 - Physische Gewalt oder Drohungen gegen internationalistische oder antiimperialistische Kräfte, Blöcke oder Personen (vor kurzem gegen den antiimperialistischen Block in Hamburg oder gegen Kerem Schamberger in Marburg).
 - Ausgrenzung antizionistischer Positionen in den Gewerkschaften, der Sozialdemokratie und auch in der Linkspartei.

Dabei geht das sogenannte „antideutsche“ Spektrum im Kontext des aktuellen politischen Rechtsrucks selber in eine zutiefst rassistische Richtung: Autoren wie Justus Wertmüller und Thomas Maul (von der Zeitschrift „Bahamas“) betreiben aktive Unterstützung für die AfD bei deren anti-muslimischem Rassismus oder auch für den rassistischen Mob von Chemnitz. Doch auch die weniger „extremen“ Teile dieses Spektrums üben sich im politischen Angriff gegen Linke, Antirassist_innen und Internationalist_innen und in deren Verleumdung als „Antisemit_innen“.

Eine solche Politik behindert aktiv die Formation von Widerstand gegen den

bundesdeutschen

Rechtsruck und spielt letztlich rechten Kräfte in die Hände, die nicht nur in den Parlamenten, sondern auch auf der Straße zunehmend erstarken und zur wachsenden Gefahr für uns alle werden.

Statt Spaltung und

Diffamierung braucht der Kampf gegen rechts, gegen Sexismus, Rassismus und

Nationalismus heute mehr denn je Solidarität und gemeinsame Aktionen von uns

Lohnabhängigen, MigrantInnen, Jugendlichen, Frauen, LGBTIAs, SchülerInnen und

Studierenden. Wir sehen keinen Widerspruch darin, gemeinsam gegen Rassismus auf

die Straße zu gehen und trotzdem diverse politische Positionen zu verschiedenen

Themen zu vertreten.

Gemeinsam gegen Ausgrenzung und Diffamierung

Gegen die

Ausgrenzungspolitik, Diffamierungen und Angriffe von „Antideutschen“ werden wir

uns daher in Zukunft gemeinsam zur Wehr setzen – trotz unserer politischen

Unterschiede.

All jene, die unter

Antifaschismus nicht nur eine Szene, sondern eine

ernstgemeinte politische
Praxis verstehen, fordern wir auf, mit uns gemeinsam gegen
diese Kampagne
anzukämpfen. Wir lassen uns nicht bürokratisch und willkürlich
aus Bündnissen
und von Aktionen ausgrenzen. Wir lassen uns nicht unsere Rede-
und
Propagandafreiheit nehmen!

Wir werden weiterhin die
rassistische und nationalistische Politik der israelischen
Regierung und deren
Unterstützung durch den deutschen und US-Imperialismus
bekämpfen. Wir werden
weiterhin gegen Kriegstreiberei und Interventionen auftreten
.Wir werden unsere
Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand und den
antizionistischen
Kräften bekunden.

Die Kriminalisierung
antizionistischer Kräfte in Deutschland stellt ein
Pilotprojekt dar, in Zukunft
jede politische Bewegung, die die Außenpolitik der deutschen
Regierung und die
imperialistische Interessen kritisiert, zu unterdrücken.
Türkische und
kurdische linke Organisationen werden mit Hausdurchsuchungen,
Verhaftungen,
Verboten und Terrorismusvorwürfen konfrontiert. In Zukunft
sind beispielsweise
ähnliche Vorgehen gegen linke Bewegungen vorstellbar, die sich
gegen eine
militärische Intervention in Venezuela stellen oder gegen die
rechte Regierung

in Brasilien.

Der Kampf gegen
palästinensische Organisationen stellte daher einen Teil des
Kampfes gegen die
gesamte internationale Linke dar.

Daher rufen wir alle
internationalistischen Kräfte in der Linken und
ArbeiterInnenbewegung auf, sich
gemeinsam gegen die Denunziation zu wehren.

Wir, die unterzeichnenden
Organisationen und Bündnisse, wollen unsere Kräfte gegen
zukünftige Angriffe
von sog. Antideutschen bündeln und gemeinsam allen
Ausgrenzungsversuchen
entgegentreten.

- Kein Ausschluss internationalistischer, anti-imperialistischer und antizionistischer Kräfte aus linken Bündnissen oder ArbeiterInnenorganisationen!
- Solidarität mit allen linken Gruppierungen oder Einzelpersonen, die wegen ihrer internationalistischen, solidarischen Haltung kriminalisiert, entlassen oder denunziert werden sollen!
- Gemeinsamer Schutz linker Veranstaltungen und Blöcken gegen (angedrohte) physische Angriffe und Provokationen sog. Antideutscher!

Ihren
Diffamierungskampagnen, Ausschlüssen und Verleumdungen setzen

wir unsere
internationale Solidarität entgegen! Der Kampf gegen rechts
kann erfolgreich
sein, wenn wir anfangen, uns gegen die Spaltungsversuche und
Diffamierungen zu
wehren, und gemeinsamen Widerstand organisieren.

UnterzeichnerInnen

[ArbeiterInnenmacht](#)

[BDS Berlin](#)

[BOYCOTT! Supporting the Palestinian BDS Call from Within](#)

[Crisis SOAS](#)

CUP Berlin

[F.O.R Palestine](#)

[ICAHD – Israeli Committee Against House Demolitions](#)

[League for the Fifth International](#)

[MLPD](#)

[No pasarán Hamburg](#)

[Palästina Komitee Stuttgart](#)

[Red Flag](#)

[REBELL](#)

[REVOLUTION](#)

[Revolutionary Socialist Movement \(RSM\)](#)

[Revolutionäre Internationalistische Organisation](#)

[Revolutionär-Kommunistische Internationale Tendenz \(RCIT\)
Deutschland](#)

[Samidoun Palestinian Prisoner Solidarity Network](#)

[SOAS Palestine Society](#)

[Solidaritätskomitee Katalonien Berlin](#)

[Union juive française pour la paix \(UJFP\)](#)

Weitere UnterstützerInnen bei info@arbeitermacht oder den unterstützenden Gruppen melden

Pakistan: Solidarität mit der PTM! Freiheit für Ali Wazir und allen politischen Gefangenen!

Liga für die Fünfte Internationale, 26. Mai 2019, Infomail 1056, 26. Mai 2019

Nach wochenlanger hasserfüllter Hetze und fabrizierten Lügen gegen die Pashtun Tahafuz Movement (PTM; Bewegung zum Schutz der PaschtunInnen) hat das Militär die Situation am 26. Mai weiter verschärft, indem es ein Sit-in angegriffen, drei DemonstrantInnen getötet, 25 bis 45 verletzt sowie den Parlamentsabgeordneten Ali Wazir und sechs weitere Personen verhaftet hat. Die Liga für die Fünfte Internationale verurteilt diesen kriminellen Angriff auf die PTM und unterstützt die Bürgerrechtsbewegung und ihre demokratischen Forderungen bedingungslos.

Seit Samstag, den 25. Mai, hatten die BewohnerInnen der

Stadt Miranshah in Nord-Wasiristan ein Sit-in veranstaltet, bei dem sie den Angriff auf eine ortsansässige Frau durch die Sicherheitskräfte verurteilten.

Am Sonntagmorgen versuchten die Mitglieder der Nationalversammlung, Mohsin Dawar und Ali Wazir, und eine Gruppe von PTM-AnhängerInnen, sich dem friedlichen Protest anzuschließen. Ein Video, das seitdem viral geworden ist, zeigt, wie militärisches Personal an einem Kontrollpunkt versucht, friedliche BürgerInnen daran zu hindern, sich einer größeren Versammlung im Hintergrund anzuschließen.

Im Lichte des Videos, der gewaltfreien Proteste der PTM und ihrer AnführerInnen sowie der widersprüchlichen Aussagen der Inter-Services Public Relations (ISPR; Presseagentur des Militärs) des Militärs stellen wir fest, dass die Armee die Situation eskaliert hat. Kein/e SozialistIn, ja kein/e DemokratIn sollte auch nur einem Wort einer Aussage trauen, die von einer Institution kommt, die in den letzten Monaten eine Medienkampagne gegen die PTM gestartet hat.

Am 19. April hatte Premierminister Imran Khan die Bewegung verleumdet und behauptet, dass die Art und Weise, wie die PTM ihre Forderungen stellte, „nicht gut für das Land“ sei. Zwei Wochen später behauptete der ISPR-Direktor und Pressesprecher der Streitkräfte, Generalmajor Asif Ghafoor, dass

die PTM „anderen in die Hände spielt“ und drohte ihren UnterstützerInnen, dass „ihre Zeit abgelaufen ist“. Während die pakistanischen Medien die PTM und ihre Forderungen verschwiegen hatten und nur selten, wenn überhaupt, über große Proteste berichteten, waren sie bestrebt, diese Lügen zu verbreiten, davon zu berichten und so zur Herstellung einer Klimas beizutragen, das das derzeit laufende brutale Durchgreifen gegen die PTM legitimieren soll. Der Vorsitzende der Bewegung, Manzoor Pashteen, hat die Social-Media-Kampagne des ISPR in den letzten Wochen zu Recht als Mittel analysiert, um eine Atmosphäre zu schaffen, die den heutigen Angriff „rechtfertigen“ würde.

Wir bekräftigen unsere bedingungslose Unterstützung für die PTM und ihre Forderungen nach Minenräumung in den Stammesgebieten, nach einem Ende des repressiven Kontrollpunktsystems und der Praxis der außergerichtlichen Tötungen, des gewaltsamen Verschwinden-Lassens und der rechtswidrigen Inhaftierungen. Wir begrüßen die schnelle Reaktion der Awami Workers Party und anderer Gruppen der pakistanischen Linken. Wir stimmen der Forderung nach einem Abzug der Armee, einer sofortigen Aufhebung der derzeitigen Ausgangssperre und einer bestmöglichen medizinischen Versorgung der PTM-ArbeiterInnen zu. Wir fordern die unversehrte und unverzügliche Freilassung aller Demonstranten.

Darüber hinaus sollte eine von der lokalen Bevölkerung gewählte und vom Militär unabhängige Sonderkommission den Fall untersuchen, mit dem Recht auf unzensurierte Veröffentlichung der Ergebnisse in allen wichtigen Medien.

Schließlich schlagen wir ein Treffen der AnführerInnen der PTM, der Awami Workers Party, der Gewerkschaften, der Bewegung der Studierenden, ja aller Organisationen vor, die sich darauf einigen wollen, eine gemeinsame Front gegen die Angriffe auf die demokratischen Rechte, den staatlichen Autoritarismus sowie die neoliberalen und arbeiterInnenfeindlichen Angriffe aufzubauen, die die Regierung nach dem Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds durchführen will.

Europa für alle – 150.000 demonstrieren gegen Nationalismus

Tobi Hansen, Infomail 1055, 23. Mai 2019

Eine Woche vor den EU-Wahlen folgten mehr als 150.000 Menschen in Köln, Stuttgart, Leipzig, Frankfurt, München,

Hamburg und Berlin

dem Aufruf von „Deine Stimme gegen Nationalismus“. Dass das Bündnis

sechsstellig mobilisieren konnte, liegt sicher auch an der Erwartung der Zusammensetzung

des nächsten Europaparlaments. Dort könnten die Salvini, Meuthens und Co.

vielleicht sogar eine vereinigte rechtspopulistische Fraktion hinbekommen, die hier

zweitstärkste werden könnte.

Viele jüngere AktivistInnen, gerade aus anti-rassistischen

Initiativen, waren aktiv bei den Demos, wie auch viele NGOs die Demonstrationen

prägten. Diese wollen ihre Stimme gegen Nationalismus erheben, gegen den

aktuellen staatlichen Rassismus der EU demonstrieren – eine Woche vor den EU-Wahlen

zweifellos ein klares Zeichen gegen Rassismus und Nationalismus.

Von den politischen Parteien waren Linkspartei, SPD und

Grüne mit dabei, also diejenigen, die vorgeben, in der nächsten EU-Legislaturperiode

den RechtspopulistInnen Einhalt gebieten zu wollen. Dem gegenüber war die

„radikale“, sozialistische und kommunistische Linke eher spärlich vertreten,

mit wenigen positiven Ausnahmen wie in München. Der dortige internationalistische

Block kritisierte den imperialistischen und rassistischen Charakter der EU und rief

zu europaweitem Klassenkampf auf. Genau dies müssen wir auch den

reformistischen und kleinbürgerlichen Parteien entgegenhalten,

die weiterhin

die Illusion verbreiten, dass diese EU reformierbar wäre.

Wie weiter in Europa?

Die europäischen SozialdemokratInnen und die Grünen werden wahrscheinlich einen Kommissionschef Weber (CSU/EVP) unterstützen und damit auch das fortgesetzte Sterben im Mittelmeer. Aufgrund dieser Realität bleiben manche „Linke“ diesen „pro-europäischen“ Demos fern. Hier wird nicht nur gerne Europa mit der EU verwechselt, es werden auch jene 150.000, die gegen Nationalismus und Rassismus auf die Straße gehen, mehr oder minder offen mit den Führungen von SPD und Grünen gleichgesetzt. Eine solche Passivität hilft freilich nur den etablierten Kräften. Diesen wird das Feld überlassen, statt für Perspektiven von Widerstand, Protest und Klassenkampf einzutreten und dafür unter Zehntausenden zu agitieren.

Diese Passivität überlässt vielmehr den EU-„Fans“ wie „Pulse of Europe“ das Feld, die hoffen, dass die EU durch etwas Druck liberaler, sozialer, klimafreundlicher ... wird – als ob sich Kapitalismus und Imperialismus einfach wegtünchen ließen.

Doch die Alternative zu einer solchen Politik, die auf Sand

gebaut ist, besteht keinesfalls in der nicht minder
verklärten Rückkehr zum „Nationalstaat“, wie sie
Teile des linken Reformismus und der Linkspopulismus schon
propagieren. Dies
spielt nämlich allein den bürgerlichen, den reaktionären und
nationalistischen
Kräften in die Hände.

Eine radikale, sozialistische, antikapitalistische Linke darf
diesen Weg nicht mitgehen. Sie muss in dieser EU und darüber
hinaus in ganz
Europa eine Klassenkampfperspektive vertreten und einbringen.
Tut sie es nicht,
versagt diese auf ganzer Linie. In der gegenwärtigen Lage
brauchen wir vielmehr
eine internationalistische und international koordinierte
Politik in der gesamten
EU und weltweit.

Viele „Linke“ halten sich an der Gegnerschaft zur EU fest. Die
PopulistInnen wie FI in Frankreich versprechen sich sogar von
der Rückkehr zum
Nationalstaat mehr sozialen Fortschritt für die
ArbeiterInnenklasse insgesamt.
Dass im Nationalstaat „auch“ Kapitalismus herrscht, ist zwar
eine „Binsenweisheit“,
aber diese wird derzeit gern vergessen. Also wird keine
Perspektive gegeben,
worin denn die „Alternative“ zur neoliberalen und
rassistischen EU besteht. Stattdessen
wird so getan, als wäre der Kapitalismus auf nationaler Ebene
besser zu
„beherrschen“.

In der ArbeiterInnenbewegung wurde während und nach dem Ersten Weltkrieg die Losung der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa entwickelt, um diesem Kontinent eine revolutionäre Alternative zu bieten – eine Alternative, die Rassismus, Nationalismus, Imperialismus und Krieg beseitigen kann. Darum geht es auch heute. Die Krise der EU, mit all ihren kapitalistischen Widersprüchen, erfordert eine revolutionäre Antwort der ArbeiterInnenklasse auf diesem Kontinent.

Wie weiter?

Die Gruppe ArbeiterInnenmacht tritt bei den EU-Wahlen für eine kritische Unterstützung der der Linkspartei ein. Wir tun das nicht, weil wir das Programm dieser Partei teilen. Ihre reformistische Strategie halten wir für falsch und sie führt folgerichtig zu Anpassung und Parlamentarismus. Aber sie mobilisiert jene Schichten der ArbeiterInnenklasse und der Jugend, die eine kämpferische Alternative zur EU, die Sozialabbau, Lohndumping, Rassismus, Aufrüstung den Kampf ansagen wollen – und mit ihrer Stimme ein Zeichen gegen die Rechte, Liberalen und Konservativen, aber auch gegen die Politik der Grünen und der Sozialdemokratie setzen wollen.

Diese AktivistInnen wollen wir für eine Perspektive gewinnen,

die über den parlamentarischen Rahmen hinausgeht, für einen europäischen Klassenkampf und Widerstand. Daher fordern wir auch von der Linkspartei, dafür zu mobilisieren. Wir sind uns ebenso bewusst, dass Linkspartei und NGOs (und erst recht SPD und Grüne) solche Demos gerne als „Ventil“, als einmalige Aktion verwenden, ohne danach nur eine Idee vom „Wie weiter?“ zu haben.

Dies stellt auch einen zentralen Kritikpunkt an den sehr schwammigen Aufrufen dar, die keinerlei konkrete Aktionsperspektive beinhalten. Wir fordern von diesen Kräften, von denen sicherlich viele AktivistInnen ernsthaft gegen den Rechtsruck, gegen die neoliberale und rassistische EU kämpfen wollen, dass sie außer Großdemonstrationen auch Aktionskonferenzen auf europäischer Ebene organisieren, auf denen konkrete Aktionen diskutiert und dann europaweit durchgeführt werden.